

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 37 (1958)
Heft: 2

Rubrik: Chronik des Monats

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 14.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

boten.) Diese Aufzeichnung war offenkundig für den Außenminister Neurath bestimmt, bei dem der Schweizer Gesandte an diesem Tag gegen die Verbote protestierte.

Das letzte auf die Schweiz bezughabende Aktenstück in dem Band ist eine aus Genf datierte Aufzeichnung des Außenministers Neurath vom 26. September 1933 über eine Unterredung zwischen ihm und *Göbbels* einerseits und dem damaligen Bundespräsidenten *Motta* anderseits. Motta betonte natürlich den Wunsch nach guten Beziehungen, die durch Grenzzwischenfälle, wie die von Otterbach und Ramsen, gefährdet würden. Neurath sparte nicht mit Beteuerungen guten Willens und versprach strenge Untersuchung sowie gegebenenfalls die Bestrafung schuldiger deutscher Organe. Dann wandte sich Motta an Göbbels wegen des Verbotes der Einfuhr von Schweizer Zeitungen. «Minister Göbbels setzte ihm die Gründe auseinander, die solche Verbote nötig gemacht haben.» Schließlich kam Motta auf die weitverbreitete Besorgnis zu sprechen, daß das Dritte Reich sich die deutschsprechenden Teile der Schweiz anzugliedern wünsche. «Minister Göbbels und ich sagten ihm kategorisch, daß ein solcher Gedanke vollkommen abwegig sei. In Deutschland denke kein vernünftiger Mensch daran, den Bestand der Eidgenossenschaft zu gefährden.» Wie man weiß, war insbesondere Göbbels ein richtiger Wahrheitsfanatiker, und auf seine Zusicherungen konnte man Gift nehmen.

Von den sechs für den Zeitraum 1933 bis 1937 vorgesehenen Bänden der Sammlung deutscher diplomatischer Dokumente dürften drei weitere in absehbarer Zeit der Öffentlichkeit zugänglich sein.

CHRONIK DES MONATS

Innenpolitik

In der außerordentlichen Januarsession der eidgenössischen Räte haben sich in letzter Stunde die bürgerlichen Fraktionen über die *Finanzvorlage* insofern geeinigt, als sie deren Geltungsdauer auf sechs Jahre beschränkten. Es kommt darin das Zugeständnis zum Ausdruck, daß man die Vorlage selber als ein fragwürdiges Flickwerk betrachtet, das man nicht einer längeren Lebensdauer für wert hält. Mit Recht hat denn auch die sozialdemokratische Fraktion es abgelehnt, die Mitverantwortung für diesen rein bürgerlichen Kompromiß zu übernehmen. Der Entschluß der Fraktion fand die volle Billigung des Parteivorstandes der SPS, der in seiner Sitzung vom 15. Februar einhellig beschloß, dem Parteivolk und allen Stimmberechtigten die Verwerfung der Vorlage zu empfehlen. Den gleichen Beschluß faßte das

Bundeskomitee des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, zur großen Enttäuschung des Freisinns, der bis zuletzt gehofft hatte, die Gewerkschaften auf seiner Seite zu finden. Die bürgerlichen Spekulationen waren auch gar zu primitiv. Weil man den unteren Volksschichten einige bescheidene Steuerermäßigungen zugestand, nahm man an, die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen würden es nicht wagen, die Vorlage abzulehnen, und müßten also den massiven Steuerabbau zugunsten der großen Einkommen und Vermögen schlucken. Solche Erwartungen hegt das Bürgertum ja auch auf die Abstimmung vom 11. Mai hin. Der kleine Steuerabbau, glaubt man, sei den Arbeitern und Angestellten willkommener als eine Finanzordnung, die dem Bund die nötigen Mittel für seine sozialen und wirtschaftlichen Aufgaben geben soll. Wir haben indessen das Vertrauen, daß bei richtiger Aufklärung die Arbeiter- und Angestelltenschaft sich nicht von derart kurz-sichtigen Überlegungen leiten läßt, sondern erkennt, was bei dieser Abstimmung für sie auf dem Spiel steht. Die neue Finanzordnung, die schlechteste, die je dem Volke vorgelegt wurde, verursacht dem Bund eine weitere Steuer-einbuße von rund 270 Millionen Franken jährlich. Dieser Abbau erfolgt bei den direkten Steuern zum überwiegenden Teil zugunsten der hohen Einkommen, bringt den Besitzenden die Abschaffung der Ergänzungssteuer vom Vermögen und die Verminderung der Couponsteuer. Die bescheidene Ermäßigung, die für die kleinen und mittleren Wehrsteuerpflichtigen einträte, würde außerdem völlig illusorisch, weil beim Abbau der Wehrsteuer auch die kantonalen Anteile soweit zurückgingen, daß die Kantone gezwungen wären, ihre Ausfälle durch eine Erhöhung der kantonalen Steuersätze wieder wettzumachen, was wiederum die kleinen Leute belasten müßte. So trifft für diese Finanzvorlage durchaus die Charakteristik zu, die der freisinnige Finanzminister Streuli ihr seinerzeit gegeben hat: Sie ist *die Vorlage des reichen Mannes*. Würde sie angenommen, dann verblieben dem Bund nach einer Rechnung der Eidgenössischen Steuerverwaltung jährlich nur noch 158 Millionen Franken, um die Bundesschuld von annähernd 7 Milliarden abzutragen. Dazu würde es aber überhaupt nicht reichen, weil die zusätzlichen großen Rüstungskredite im Gegenteil zu einer neuen Verschuldung führten. Es würden dann auch keine Mittel vorhanden sein, um die Mutterschafts- und Invalidenversicherung durchzuführen, um die notwendigen weiteren Erhöhungen der AHV-Renten vorzunehmen und um die großen Aufgaben auf dem Gebiete der Atomwissenschaft, des Straßenbaues und der Nachwuchsförderung zu verwirklichen. Es kann deshalb nicht Sache der Arbeiterschaft sein, einer Finanzvorlage zur Annahme zu verhelfen, die so eindeutig nach den Interessen des großen Geldsackes ausgerichtet ist und die die künftige Sozialpolitik des Bundes aufs schwerste beeinträchtigt. Diese ablehnende Auffassung über die Vorlage vom 11. Mai kam so einmütig an der Sitzung des Parteivorstandes zum Ausdruck und ist so allgemein in der

Parteimitgliedschaft verbreitet, daß sich die Einberufung eines ordentlichen Parteitages erübrigt. Es wird aber notwendig sein, daß die Organe der Partei, ihre Funktionäre, Vertrauensleute und Presse mit wohldokumentiertem Material und mit größtem Nachdruck die Aufklärungskampagne innerhalb der Parteiorganisationen wie in der Öffentlichkeit führen; denn es wird mit einem scharfen und harten Abstimmungskampf zu rechnen sein, weil der vereinigte Bürgerblock alles daran setzen wird, seine Macht gegen Sozialdemokratie und Gewerkschaften zu demonstrieren.

Wir haben bereits in der letzten Monatschronik erwähnt, daß anfangs Januar aus Kreisen zürcherischer Parteisektionen *das Referendum gegen die außerordentlichen Instruktionsdienste für Territorialkompagnien und Landwehren ergriffen worden ist*. Der Parteivorstand hat nun beschlossen, dieses Referendum zu unterstützen. Gleichzeitig ist die Geschäftsleitung der SPS beauftragt worden, eine *Volksinitiative* für die Herabsetzung des Militärdienstalters von 60 auf 48 Jahre vorzubereiten. Es wird damit ein altes sozialdemokratisches Postulat erfüllt, das in weitesten Kreisen Anklang finden und dessen Berechtigung selbst von militärischen Fachleuten unumwunden anerkannt wird. Abgesehen davon, daß der militärische Wert einer Truppe von 50- bis 60jährigen mehr als zweifelhaft ist, erfüllen diese Altersklassen gerade auch im Ernstfall eine viel wichtigere Funktion im zivilen Sektor des Landes, nicht zuletzt auch im Zivilschutz, wo ihre Hilfe von großer Bedeutung sein wird. Das Referendum, dessen Frist am 26. März abläuft, wird bestimmt zustande kommen. Die notwendige Unterschriftenzahl von 30 000 dürfte in diesen Tagen überschritten werden. Vermutlich hat der Vorstoß die Wirkung, daß die geplanten außerordentlichen Instruktionsdienste fallen gelassen werden und es das Militärdepartement gar nicht mehr auf eine Abstimmung ankommen läßt.

Der Parteivorstand hat in seiner Sitzung vom 15. Februar auch noch einige *Kundgebungen* beschlossen, die es verdienen, in unserer Monatschronik erwähnt zu werden. Es wurde ein deutliches *Schreiben an das Büro der Sozialistischen Internationale* in London beschlossen, in welchem das Bedauern zum Ausdruck gebracht wird, daß das Büro nicht entschiedener gegen die brutale *Bombardierung von Sakiet Sidi Youssef* protestierte. Der Parteivorstand gab seiner Empörung über diese unmenschliche Handlung Ausdruck und forderte das Büro der Sozialistischen Internationale auf, im Algerienkonflikt die gegen den Kolonialismus gerichteten Prinzipien des demokratischen Sozialismus eindeutig anzuwenden.

Der Parteivorstand protestierte außerdem gegen *die Verurteilung sozialdemokratischer Vertrauensleute in Ungarn*, wie Istvan Erdei, Janos Kiszeli, Deszö Guba, K. Toller, I. Sereghi und N. Nemeth wegen ihrer Teilnahme am Freiheitskampf des ungarischen Volkes vom Oktober 1956. Gleichzeitig hat der Parteivorstand auch mit größtem Befremden von der *Verurteilung der*

früheren jugoslawischen Sozialdemokraten Krekitsch, Pawlowitsch und Mitangeklagte Kennntnis genommen. Es handelt sich um alte Männer von 70 bis 72 Jahren, und die Prozeßverhandlungen haben eindeutig bewiesen, daß von einem Komplott zum gewaltsamen Umsturz des Regimes Tito keine Rede sein kann. Deshalb bedauert der Parteivorstand, daß die Schauprozesse gegen Dijlas, Krekitsch, Pawlowitsch und Konsorten das Recht der Meinungsfreiheit mißachten und an Stalins Regierungsmethoden gegen Andersdenkende erinnern. Die SPS ist, wie eine Erklärung der Parteikorrespondenz mit Recht feststellt, überzeugt, daß diese Prozesse die Beziehungen zwischen den jugoslawischen Arbeiterorganisationen und den Parteien des demokratischen Sozialismus im Westen belasten und beeinträchtigen. Sie begrüßt darum die Entsendung einer Delegation der Sozialistischen Internationale nach Jugoslawien, und sie erwartet von der jugoslawischen Regierung eine Geste der Humanität, die gleichzeitig eine solche der Entspannung sein würde.

Wie sehr die Menschlichkeit nicht nur in Diktatorländern, sondern gelegentlich auch in demokratischen Staaten gefährdet sein kann, daran wurde man wieder einmal erinnert anläßlich der *Flüchtlingsdebatte* in der außerordentlichen Januarsession des Nationalrates. Anlaß zu dieser Diskussion gab der ausgezeichnete Bericht von Prof. Ludwig über die schweizerische Flüchtlingspolitik während der Nazizeit und des Zweiten Weltkrieges. Dieser Bericht kam den Verantwortlichen jener Politik sehr ungelegen, weil er offen das menschliche Versagen und die unrühmliche Praxis der Ära Steiger-Rothmund, die vielen Flüchtlingen das Leben kostete, darlegte. Man hätte erwarten dürfen, daß diese klägliche Flüchtlingspolitik im Nationalrat allgemein mißbilligt und bedauert worden wäre. Indessen blieb es zwei Volksvertretern vorbehalten, mit antisemitischen Sprüchen die rücksichtslosen Polizeimethoden der Herren Rothmund und Steiger hinterher noch zu rechtfertigen. Ein Thurgauer Nationalrat demonstrierte seine absolute Ignoranz mit der Kolportage längst widerlegter Tendenzlügen aus dem Dritten Reich, und der freisinnige Nationalrat Bucher aus Luzern gab Töne von sich, als lebten wir noch in den Zeiten des Frontismus. Er schämte sich nicht, den alten Schwindel von der Überfremdungsgefahr, die damals angeblich der Schweiz durch «nicht leicht assimilierbare Emigranten» gedroht habe, aufzutischen. Sozialdemokratische Redner widerlegten darauf diese lächerlichen Behauptungen, die nach dem erschöpfenden Bericht von Prof. Ludwig nur noch ein Böswilliger, aber jedenfalls kein wirklich «Liberaler», als der Herr Bucher gelten will, aufstellen kann. Glücklicherweise herrscht heute im Bundesrat und im Parlament doch ein anderer Geist. Man ist bereit, aus Schuld und Versagen in der Vergangenheit die nötigen Lehren zu ziehen und in Zukunft eine Flüchtlingspraxis zu verfolgen, die unserem Lande Ehre macht.

P. S.

Der Brief- und Notenwechsel zwischen Ost und West zur Vorbereitung der *Konferenz auf höchster Ebene* nimmt einen immer größeren Umfang an, ohne jedoch für die Konferenz selbst den entsprechenden Nutzen zu bringen. Die Briefe enthalten mehr Vorwürfe und Polemiken als konstruktive Vorschläge für die Beseitigung der Spannung und die Lösung der politischen Probleme. Es ist zu hoffen, daß parallel mit diesem öffentlichen Propagandalärm sich eine stillere und ernstere diplomatische Vorarbeit vollzieht, sonst müßte man an der Intelligenz und Weitsicht der Staatsmänner unserer Generation verzweifeln.

Am 14. Februar hat die polnische Regierung einer Anzahl Regierungen, darunter auch dem Bundesrat, ein Memorandum mit konkreten Angaben über die Durchführung des *Rapacki-Plans zur Schaffung einer atomfreien Zone in Zentraleuropa* übermittelt. Besonders wichtig an dieser Schrift ist einerseits die Bereitschaft zu einer umfangreichen, leistungsfähigen Kontrolle auf dem Boden und aus der Luft und andererseits die Betonung, daß eine kontrollierte Beschränkung konventioneller Waffen innerhalb dieser Zone möglich wäre. Die Befürchtungen der NATO-Staaten wegen der größeren Überlegenheit der russischen konventionellen Rüstungen werden dadurch geschwächt, wenn nicht beseitigt. Der Rapacki-Plan ist sicher einer ernsten Prüfung wert, weil er konkrete realisierbare Maßnahmen vorsieht und zu weiteren Entspannungsmaßnahmen führen müßte.

Im Nahen Osten entwickelt sich die Lage stürmisch. Am 1. Februar, einen Tag nach der Beendigung der Bagdadpaktkonferenz in Ankara, haben Ägypten und Syrien ihre Vereinheitlichung in einem einzigen Staat feierlich in Kairo bekanntgegeben. Die *«Vereinigte Arabische Republik»* soll am 21. Februar durch ein Plebiszit der Völker in Ägypten und Syrien und durch die Wahl des Präsidenten der neuen Republik in der Person von Nasser verwirklicht werden. Die Verschmelzung von Syrien mit seinen vier Millionen Einwohnern mit Ägypten, das 22 Millionen Einwohner hat, bedeutet natürlich die Annexion der kleinen Republik durch die große; der Widerstand gegen diese Vereinheitlichung ist darum in Syrien größer als in Ägypten.

Die Schaffung dieser Vereinigten Arabischen Republik soll als Initialzündung für die Vereinheitlichung aller arabischen Staaten von Nordafrika und dem Mittleren Orient wirken, unter Ausnützung des panarabischen Nationalismus. Hinter dieser Gründung steht die russische Diplomatie und ihr Kampf gegen den Bagdadpakt. Die Antwort des Westens ließ nicht auf sich warten: König Hussein von Jordanien nahm Kontakt mit seinem Cousin, König Feissal von Irak, sowie mit König Ibn Saud von Arabien. Husseins Thron steht nicht auf festen Füßen, die Opposition ist sehr stark, und das Land wäre nicht lebensfähig ohne kräftige Unterstützung durch ausländische

Mächte, besonders durch England und Amerika. Jordanien war durch die Einigung Ägyptens und Syriens am meisten bedroht, denn durch seine geographische Lage trennt das Land die beiden Teile der neuen geeinten Republik.

Auf diese Weise kam die *Einigung der Königreiche von Irak und Jordanien* zustande. Saudi-Arabien bleibt vorläufig abseits der beiden Gruppierungen. Jemen dagegen will, als Königreich, der Vereinigten Arabischen Republik beitreten. Auch die «*Arabische Föderation*», die aus der Einigung von Irak und Jordanien entstanden ist, will die Einheit der arabischen Welt verwirklichen. Die Könige stützen sich aber auf die rückständigen Kräfte der Vergangenheit, auf Großgrundbesitzer, korrupte Bürokraten, Hofgünstlinge und Stammesführer. Auch auf dieser Seite hat der stärkste Staat, nämlich Irak, den schwächeren geschluckt. In Kairo hat man gute Miene zum bösen Spiel gemacht und die Einigung der beiden Königreiche als einen weiteren Fortschritt in Richtung der arabischen Einheit begrüßt. Die Wirklichkeit sieht aber anders aus. Die Teilung der Welt in zwei Hauptlager hat jetzt im Nahen Osten konkrete Formen angenommen. Israel ist durch das Zustandekommen der beiden Einheitsstaaten an seiner Grenze mehr als je gefährdet, denn beide Staaten sehen in Israel den Hauptfeind und werden wetteifern im Kampf gegen ihn.

Die Luftwaffe Frankreichs hat das tunesische Grenzdorf *Sakiet Sidi Youssef* mit 25 Bombern über eine halbe Stunde lang angegriffen. 72 Personen, darunter über 20 Kinder, wurden getötet, ungefähr 100 wurden verletzt. Die französische Regierung und das französische Parlament haben diese grobe und vorsätzliche Verletzung des Völkerrechts und der Menschenrechte, die durch örtliche Militärbehörden erfolgt war, gedeckt und gebilligt. Das offizielle Frankreich ist aber politisch und moralisch isoliert geblieben; die Weltmeinung hat diese unmenschliche Handlung aufs schärfste verurteilt.

Die tunesische Regierung hat die militärische Aggression gegen ihr Territorium vor den Sicherheitsrat der UNO gebracht. Die französische Regierung versucht, dieses Verbrechen im Hinblick auf die Hilfe Tunesiens an die algerischen Rebellen zu legitimieren und hat vor der UNO eine Gegenklage gegen Tunesien eingereicht. Großbritannien und die Vereinigten Staaten haben ihre guten Dienste angeboten, und der Sicherheitsrat hat daraufhin seine Verhandlungen unterbrochen. Bourguiba verlangt aber die völlige Räumung Tunesiens durch die französischen Truppen. Ihre Anwesenheit könnte neue blutige Zwischenfälle provozieren. In Frankreich gibt es immer noch reaktionäre Kreise, die Tunesien und Marokko durch Kriegshandlungen zurückerobern möchten. Der Kolonialismus ist in Frankreich nicht tot.

Die Haltung der Sozialistischen Partei Frankreichs sowohl gegenüber der Bombardierung von Sakiet Sidi Youssef wie allgemein gegenüber dem algerischen Kolonialkrieg hat in den Reihen der Sozialistischen Internationale

eine immer größere Empörung hervorgerufen. André Philippe, Daniel Mayer, Jules Moch, Depreux und einige andere prominente Führer der SFIO haben ihre Stimme gegen das Verbrechen erhoben. Sie wurden aber von Guy Mollet wegen ihrer Opposition gegen den algerischen Krieg gemäßregelt, André Philippe wurde sogar aus der Partei ausgeschlossen. Die Haltung der Fraktion Guy Mollet belastet und kompromittiert den demokratischen Sozialismus und lähmt die Sozialistische Internationale. Die SPS distanziert sich ausdrücklich von dieser Politik.

In *Großbritannien* hat bei einer Nachwahl im Bezirk Rochdale die Labour Party einen Sitz auf Kosten der Konservativen erobert. Diese empfindliche Niederlage der Regierung beweist, wie unpopulär die Regierung McMillan geworden ist. Die Aufhebung des Mieterschutzes hat in weiten Kreisen der Bevölkerung die Stimmung gegen die Konservativen gewendet. Gaitskell verlangte die Demission der Regierung und Neuwahlen; die Konservativen wollen jedoch weiter am Ruder bleiben.

In den Vereinigten Staaten und in einigen europäischen Ländern zeigen sich alarmierende Anzeichen einer nahenden *Wirtschaftskrise*. Die großkapitalistische Wirtschafts- und Sozialpolitik der republikanischen Administration trägt ihre Früchte.

J. H.-D.

TATSACHEN + DOKUMENTE

Wir veröffentlichen nachstehend das Schreiben des Parteivorstandes der SPS an das Sekretariat der Sozialistischen Internationale zur Frage der Bombardierung von Sakiet Sidi Youssef.

Die Redaktion

An das Sekretariat der Sozialistischen Internationale
Genosse Albert Carthy
London

Liebe Genossen!

Der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz hat zu der Erklärung des Büros der Sozialistischen Internationale zu der Bombardierung von Sakiet Sidi Youssef Stellung genommen. Die anwesenden 66 Vertreter der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz bedauern es, daß das Büro der Sozialistischen Internationale das tragische Ereignis, welches zur Vernichtung von 72 Menschenleben, darunter Frauen und Kinder, führte, nicht eindeutiger und entschiedener verurteilte. Der Parteivorstand der SPS gibt seiner Empörung über den Militärangriff auf Sakiet Sidi Youssef Ausdruck.